

Zeitenwende in der Sicherheitspolitik

- 01.03.2022
- Neue Zürcher Zeitung
- CHRISTINA NEUHAUS, KATHARINA FONTANA, DAVID BINER

CHRISTINA NEUHAUS, KATHARINA FONTANA, DAVID BINER UND ERICH ASCHWANDEN

«Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll die Schweizer Armee massiv ab- und umgebaut werden.» Dieser Satz steht im Parteiprogramm der SP Schweiz, das vor zehn Jahren verabschiedet worden ist und immer noch gilt. Ein Satz aus einer anderen Zeit. «Ich bin zum Schluss gekommen, dass die Abrüstung der konventionellen militärischen Kampfmittel wie Artillerie und Panzer momentan keine Option mehr darstellt.

» Dieser Satz stand am Freitagabend auf dem Online-Portal «Nebelspalter». Ein Satz von Franziska Roth, nachdem am Donnerstagmorgen russische Truppen in der Ukraine einmarschiert waren. «Ich gebe zu», schrieb die SP-Nationalrätin, «wir haben uns getäuscht, als wir behauptet haben, dass territoriale Angriffskriege kein realistisches Szenario seien.» Diese Aussage zeigt: Der Krieg in der Ukraine ist eine Zäsur für die europäische Sicherheitspolitik. Und ein Realitätsschock für die Linke.

7 Milliarden für die Armee Das Thema Abrüstung war schon aktueller: Am Sonntag teilte der deutsche Kanzler Olaf Scholz (SPD) mit, dass Deutschland im Bundeshaushalt 2022 ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro anlegen wolle. Damit wird Deutschland nach den Worten von Scholz seine Wehrausgaben ab 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) erhöhen und die sogenannte Nato-Quote erfüllen. Geht es nach dem FDP-Präsidenten Thierry Burkart, soll sich die Schweiz ein Beispiel an Deutschland nehmen und das Armeebudget ebenfalls erhöhen. In der Schweiz wird derzeit nicht einmal ein Prozent des BIP für die Verteidigung ausgegeben. In einer Motion im Nationalrat hatte Burkart bereits 2017 auf das Zwei-Prozent-BIP-Ziel der Nato hingewiesen und eine entsprechende Erhöhung des Militärbudgets gefordert.

Er fand damals allerdings keine Mehrheit. In einer Motion fordert Burkart den Bundesrat jetzt auf, die Verteidigungsausgaben sofort substanziell zu erhöhen. Und zwar mindestens auf ein Prozent des Bruttoinlandprodukts, was einem Jahresbudget von 7 Milliarden Franken entspräche. Zudem sei die Einsatzfähigkeit der Armee sicherzustellen. «Die Schweiz muss ihre Lehren aus dem Ukraine-Konflikt ziehen», sagt Burkart, «und ihre Verteidigungsfähigkeit stärken.

Nur so kann ein Beitrag zur Sicherheit in Europa geleistet werden.» Aufgrund ihrer Verpflichtung zur Neutralität gehöre die Schweiz keinem Thierry Burkart Präsident der FDP Militärbündnis an. Der Schweizer Weg sei in der Vergangenheit richtig gewesen und werde es wahrscheinlich auch weiterhin sein. Das Abseitsstehen habe aber seinen Preis: Die Schweiz müsse in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen. Burkart: «Wenn Bündnismitglieder zwei Prozent ihres Bruttoinlandprodukts ausgeben, um sich zu schützen, muss die Schweiz im Minimum ein Prozent ihres BIP ausgeben, wenn nicht mehr.

» Der FDP-Präsident ist zudem überzeugt, dass die Aufstockung der finanziellen Mittel allein nicht ausreicht: Auf Grundlage des Berichts «Zukunft der Bodentruppen» sei eine Erhöhung des Sollbestands der Bodentruppen auf 120 000 Personen einzuleiten. Auf diesem Weg solle die Armee fit für die Zukunft werden, denn die Friedensdividende habe zu einem kontinuierlichen Abbau der personellen und materiellen Ressourcen der Armee bis auf den heutigen Sollbestand von 100 000 Frauen und Männern geführt. Moderne Konflikte, sagt Burkart, verlangten zudem eine Verteidigung im vierten Konfliktraum: dem Cyberspace. Entsprechend müsse dem Auf- und Ausbau der Schweizer Cyberkapazitäten hohe Priorität eingeräumt werden. Drang zum Zivildienst bremsen Dieses Mal könnte Burkart, anders als 2017, eine Mehrheit finden.

Denn seine Forderungen decken sich mit jenen der SVP. Auch die Volkspartei will der Armee in einem ersten Schritt jährlich 2 Milliarden Franken mehr zukommen lassen und den

Armeebestand um 20 000 Personen erhöhen, wie sie am Montag bekanntgegeben hat. Die Aufrüstung sei nötig, damit die Schweiz bereit und fähig sei, Sicherheit, Stabilität und Frieden auf ihrem Territorium zu gewährleisten. Wenn die Schweiz heute an zwei Flanken gleichzeitig angegriffen würde, hätte man bereits ein Problem, sagt der Berner Ständerat Werner Salzmann. Es ist davon auszugehen, dass der Druck auf junge Schweizer Männer, Militärdienst zu leisten und persönlich zur Landesverteidigung beizutragen, in nächster Zeit zunehmen dürfte.

Der Prozess, dass Leute in den Zivildienst drängten, müsse gestoppt werden, meint der Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter. Klare Vorstellungen hat die SVP, was die Kampfflugzeuge betrifft. Die bestehenden Kampfflugzeuge F/A-18 seien so auszurüsten, dass die ganze Flotte jederzeit einsatzbereit sei. Gleichzeitig sei der Kauf der neuen Kampffjets F-35 sofort umzusetzen. Man fordere die SP eindringlich auf, die Unterschriftensammlung gegen den Kauf des neuen Kampffjets zu stoppen und auf die Initiative zu verzichten, hiess es.

Die deutsche SPD habe die Zeichen der Zeit erkannt, dies müsse die Bundesratspartei SP nun auch tun. Doch die Schweizer Sozialdemokraten sehen es offensichtlich anders als ihre deutschen Parteikollegen. Als völlig übereilt und populistisch bezeichnet die SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf die Forderungen aus dem bürgerlichen Lager. «Der Krieg in der Ukraine ist noch keine Woche alt. Es ist zurzeit völlig offen, welche Auswirkungen der Konflikt auf die europäische und die schweizerische Sicherheitspolitik haben wird», sagt die Sicherheitspolitikerin.

Die SP werde die Ausgangslage analysieren und dann Rückschlüsse für das weitere Vorgehen in Sachen Rüstungspolitik ziehen. Die Zürcher Nationalrätin kritisiert weiter, dass bürgerliche Politiker nun fordern, die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Stopp F-35!» abubrechen. «Gerade in diesem Konflikt hat die Luftwaffe doch bisher keine grosse Rolle gespielt. Innerhalb von wenigen Stunden haben die Russen mit ballistischen Raketen und Cruise-Missiles praktisch sämtliche ukrainische Flugplätzen und Pisten zerstört», sagt Seiler. Dies deute eher darauf hin, dass man die Boden-Luft-Abwehr stärken müsse.

Aber für eine abschliessende Bilanz sei es viel zu früh. «Wie im Kalten Krieg» Bei der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) sieht man denn auch keinen Grund für eine Änderung der bisherigen Politik. Gemäss Jonas Kampus, dem politischen Sekretär der GSoA, wurden bisher rund 83 000 Unterschriften gesammelt. Man werde weiter sammeln, bis man die notwendigen 100 000 Unterschriften beisammen habe. Auch die Grüne Marionna Schiatter ist nach wie vor überzeugt, dass der F-35 das falsche Flugzeug ist für die Schweiz.

Der Sicherheitspolitikerin fliegen derzeit ihre Aussagen von früher um die Ohren. Die Armee habe es verpasst, sich zu erneuern, sagte sie im vergangenen Frühjahr. Auf Bedrohungslagen wie die Pandemie oder die Klimakrise reagiere die Armee selbst unter Verteidigungsministerin Amherd mit Milliarden für Rüstungsmaterial «wie im Kalten Krieg». Schiatter wirft den Bürgerlichen vor, den Krieg in der Ukraine für innenpolitische Militärpropaganda zu missbrauchen. «Dabei ist es die ständige Aufrüstung weltweit, die uns in diesen Schlamassel gebracht hat.

» Die Grünen würden weiterhin eine Abrüstungsstrategie verfolgen. «Einen Kurswechsel wie bei der SP sehe ich bei uns nicht.» Erst im Januar kündigten die Präsidenten von SP und Grünen eine gemeinsame Klimainitiative an. Cedric Wermuth und Balthasar Glättli waren sich einig: «Der Gegner sitzt rechts, und die Zukunft ist links-grün.» In der gegenwärtigen Situation hört sich dieser Satz an wie aus einer anderen Zeit.

Die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee müsse verbessert werden, verlangen Freisinn und Volkspartei. urs flüeler / keystone.